

Zugabe für Politik.
Unterhaltung, Gesellschaft,
Bericht, Dresden.
Herausgeber:
Verlagsgesellschaft Dr. 2.00.
Dresden,
Königsplatz 12.
Dresden,
Königsplatz 12.
Dresden,
Königsplatz 12.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Auf. 52,000 Stüd.

G.H. Rehfeld & Sohn.
Musik-Hauptstr. 24/25.
Altst. König-Johannis-Str. 16.
Fabrik v. Contobüchern

Dresden. 1891.

Photographische
Apparate
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reines Naturweine.
Preislisten versende frei.

Lacke u. Farben
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10 und Annelenstrasse 18.
Neustadt: Hebeplatzstrasse (Stadt-Gürtel).

„Invalidendank“
Dresden, Seestraße 6, I.
L. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Affichen-Expedition unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Reise- und Touristen-Artikel:
Reisekoffer, Reiseetaschen, Reiseplätsche, Reiseschäfte, Reiseutensilien, Couriertaschen, Touristentaschen, Plaidhüllen, Joppen, Necessaires
empfehlen in grosser Auswahl in allen Preisen
Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathhaus).

Nr. 130. Spiegel: Arbeiten des verregneten Reichstages. Vollmacht, Ernennung des Oberstleutnants Vanger, Ferienlokalen, Hauptgeschworene, Sonntag, 10. Mai.

Politisches.
Ein schweres Stück Arbeit hat kurz vor seiner erfolgten
Vertagung bis zum 10. November der Reichstag mit der endgültigen
Annahme des Arbeiter-Schutzgesetzes erledigt. Ein ganzes Jahr
hat dasselbe die Betretung des deutschen Volkes beschäftigt.
Daher vom 6. Mai 1890 wurde die Gewerbeordnungsnovelle bald
nach Eröffnung des neuverwählten Reichstages in erster Lesung
berathen. Nach dreitägiger Debatte gelangte sie dann an eine
Kommission von 28 Mitgliedern, welche sich bis zur Vertagung
des Reichstages am 2. Juli mit dem schwierigen Stoff befaßte, um
im November noch vor dem Wiederzusammentreten desselben ihre
Arbeiten wieder aufzunehmen und erst im Januar dieses Jahres
zu Ende zu führen. Die zweite Lesung im Plenum erforderte
nicht weniger als 27 Sitzungen, während die dritte Lesung nur
drei Sitzungstage in Anspruch nahm. Im Ganzen hat somit der
Reichstag 33 Vollsitzungen auf die Durchberathung des Arbeiter-
Schutzgesetzes verwendet, den vierten Theil der bisher in der laufenden
Session abgethanen Sitzungen. Mit Recht kann man daher behaupten,
daß sich in dieser hochbedeutenden Gesetzesarbeit das Wesen
des gegenwärtigen Reichstages wieder spiegelt. Ein Antikartell-
Reichstag sollte derselbe werden und in der That schien ja anfangs
der Triumph der ultramontan-deutsch-freisinnig-sozialdemokratischen
Opposition berechtigt zu sein. Denn der Ausfall der Wahlen vom
21. Febr. v. J. war die Vernichtung der bisherigen verhassten Kartell-
mehrheit gewesen, welche zu einer Minderheit von 140 Mann zu-
sammenschmolzen war, während Windthorst allein über eine gleich
starke Gefolgschaft verfügte, die er ganz nach Belieben durch 70-80
Demokraten und Deutsch-freisinnige und 35 Sozialdemokraten zu
einer unüberwindlichen Majorität verstärken konnte. Aber Wind-
thorst wußte seine Macht begünstigt zu gebrauchen, daß seine
Fraktion nicht bloß bis über sein Ende hinaus Herr blieb der ganzen
parlamentarischen Situation, sondern sogar die unentbehrliche
Majoritätspartei wurde, ohne deren Hilfe die Regierung keine ihrer
Vorlagen hätte zur Annahme bringen können. Schon bei der
ersten wichtigen Vorlage, die Erhöhung der Friedensstrafe der
Kasse um 18,000 Mann, ging das Antikartell-Windthorst-Reichs-
tagsglied in die Brüche, indem der triumphierende Triumvir
Windthorst mit der Mehrheit seiner Getreuen für die Regierung
stimmte. Auch in der Kolonialpolitik wollte das Centrum von der
antikartellistischen Opposition nicht wissen, denn auch hier brachte
es voll und ganz den eigentlichen nationalen Grundgedanken des
gehörten Kartells zur Geltung. In der Politik endlich ging
der Centrumsführer Arm in Arm mit den ehemaligen Kartellpar-
teien und mächtigst an der Spitze der Reichs-Vertheiler Ansturm gegen
die landwirtschaftlichen Böden an der geschlossenen Wahrung der
Möglichkeit wieder ohne alle äußere Verbindung in's Leben tretenden
Arten wirtschaftlichen Vereinigungen ab.

Das die Sozialdemokratie bei der Schlussabstimmung gegen
das Gesetz stimmten würde, war selbstverständlich. Denn einem
Gesetze zustimmen, welches eine entschiedene Befestigung der Ar-
beiterverhältnisse bedeutet und damit zusammenhängend, daß die „Klassen-
gesetzgebung“ des Reichstages etwas Belebendes und Wohl-
thätiges für die Arbeiterchaft zu Stande gebracht hat, ließe für die
sozialdemokratische Partei sich selbst verzeihen und sich selbst
aufgeben. Jedes Compromiß mit den bestehenden Gewalten
würde nur ein Zugeständnis sein, daß auch auf dem Boden der
gegenwärtigen bürgerlichen und wirtschaftlichen Gesellschafts-
ordnung eine allmähliche Verjüngung der sozialen Gegensätze und
eine wirksame, gerechte Vertretung der Arbeiterinteressen möglich
ist. Aber die sozialdemokratischen Führer werden hoffentlich nicht
die Früchte ihrer oppositionellen Haltung diesem Gesetze gegenüber
ernten, dessen gegenstrebige Wirkungen vielmehr dazu beitragen
dürften, manchem Arbeiter darüber die Augen zu öffnen, auf
welcher Seite des Reichstages die brennenden Vertreter ihrer Inter-
essen sitzen und wie hallo die agitatorische Behauptung ist, daß
die Regierung und die bürgerlichen Parteien lediglich den Inter-
essenstandpunkt vertreten. Die sozialdemokratische Parteilinie
der absoluten Negation, die zwischen Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern einen unüberbrückbaren Abgrund herstellen soll, um den
Tag der Revolution näher zu bringen, wird angesichts der sozial-
reformatorischen Bestrebungen unserer Gesetzgebung auf die Dauer
ihre Wirkung verlieren. Die Verwerfung des Arbeiterschutzgesetzes
seitens der Sozialdemokraten bedeutet eine neue Niederlage der
Partei, die seit Verleihen des neuen Reichstages, nur eine lange
Reihe von Niederlagen zu verzeichnen gehabt hat, trotz der
1 1/2 Millionen Stimmen, welche ihr am 20. Februar v. J. zufielen.
Solche Niederlagen aber können jederzeit dadurch herbeigeführt
werden, daß alle Ordnungsparteien, wie bei der Gewerbeordnungs-
novelle, unter Angabe ihrer unüberwindlichen Unvereinbarkeiten
zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamen Kampf gegen die Stör-
kräfte des Reichstages zusammentreten.

zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, welche auch die
Arbeiter, die am 1. Januar 1891 das 40. Lebensjahr überschritten
hatten, den Bezug der Altersrente vom Eintritt in das 60. Lebens-
jahr ab sichert, wurde in 3. Lesung endgültig angenommen. Ebenso
die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz (An-
trag Graf Adelmann und Gen., Mitglieder aller Parteien), der
deutsch-italienische Beitrag, betreffend die Befugnisse der beider-
seitigen Consuln zur Bornahme von Geschließungen und die Ge-
nehmigung der Brüsseler Anstaltverordnungen, ferner das Inter-
nationalgesetz mit 139 gegen 126 Stimmen. — Es folgt 3. Vertagung
der Novelle zum Brauntweinsteuergesetz. In der 2. Lesung war
beschlossen worden, den aus nichtmehrbaren Stoffen gewonnenen
Sauerbrunn (bis zu 20 Liter reinen Alkohols jährlich) nur mit
25 Pf. für das Liter zu besteuern. — Abg. Dr. Hartmann u.
Gen. (kons.) beantragt Streichung dieser Bestimmung. — Abg.
Wisser (lib.) beantragt Ausdehnung der erwähnten Befugnisse
auch auf aus weichen Stoffen hergestellten Sauerbrunn. — Abg.
Wurm (soz.) will den Danstium überhaupt steuerfrei lassen. —
Abg. Witte (frei.) schlägt folgende Resolution vor: Die verbän-
digen Regierungen zu ersuchen, in erneute Erwägungen darüber
einzutreten, ob nicht etwa den Privatlägen für inländischen
steuerpflichtigen Brauntwein die Kosten der steuerlichen Kontrolle
erlassen werden sollen, wie dies jetzt bei den Brennereien
und bei den Brauntweineinigungsanstalten befohlen ist. —
Staatssekretär Freiberger v. Rathenow-Göhl erklärte wiederholt, daß
durch die Aufrechterhaltung des Venderischen Antrages, den der
Antrag Hartmann beseitigen will, das ganze Gesetz in Frage ge-
stellt sei und damit auch die Entscheidung, die der Entwurf für
die Steuern biete. Was die Witte'sche Resolution an-
langt, so seien die gewünschten Erhebungen bereits angefertigt. —
Abg. Graf Wallestein erklärte, daß das Centrum angesichts der
Zustimmung der verbündeten Regierungen und um den kleinen
Brennereien die Entscheidung zu sichern, die ihnen die Vorlage
dieser auf die Aufrechterhaltung des Antrages Vender verschiebe,
ebenso er denselben noch wie vor für wichtig halte. — Abg. Holz
(Kons.) tritt eingehend den Behauptungen entgegen, daß durch
das Brauntweinsteuergesetz den Brennereien ein Verlust aus der
Tasche der Steuerzahler gemacht werde. — Abg. Billinger be-
fürwortet den Antrag Wurm, Abg. Dr. Wühl den Antrag Hartmann;
die Anträge Hartmann und Witte werden angenommen und damit
die ganze Vorlage. — Staatssekretär v. Freytag berichtet eine
lächerliche Kabinetsordre vom 8. Mai, durch welche der Reichstag
vom 3. Mai auf den 10. Nov. v. J. vertagt wird. — Abg. Dr.
Reichenberger dankt dem Präsidenten v. Lepow für die gerechte
und fordernde Leitung der Geschäfte. — Paul v. Leppow dankt
den Vizepräsidenten und den übrigen Mitgliedern des Bureau
für ihre Theilnahme an der Leitung der Geschäfte und schließt
mit einem begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch auf den
Kaiser bei der Sitzung.

„Hotel Fürst Bismarck“
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.

Bei der letzten Sitzung des Reichstages wurde die Ernennung des
Oberstleutnants Vanger, die Ferienlokalen, die Hauptgeschworenen
und die Ernennung des Reichstages zum 10. Mai.